
Märkische Oderzeitung -21.01.2012

Frankfurts OB Wilke gegen Schöneburg: JVA soll bleiben

Frankfurt (Oder) Die Kritik an der drohenden Schließung des Gefängnisses in Frankfurt (Oder) dauert an. Am Freitag forderten auch Oberbürgermeister Martin Wilke (parteilos) und die Leitung des Hauses den Erhalt der Justizvollzugsanstalt (JVA). Das teilte die Stadt nach einem Besuch Wilkes in dem Gefängnis mit.



Frankfurts Oberbürgermeister Wilke macht sich für die JVA stark. (Foto Archiv)

"Mich haben die heute vorgebrachten Argumente, die professionelle Arbeit und die hohen Standards überzeugt", erklärte Wilke. Nach dem Willen von Justizminister Volkmар Schöneburg (Linke) soll die Haftanstalt schließen. Wann mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen ist, wurde bislang nicht mitgeteilt.

In der Vergangenheit war auch von Justiz-Gewerkschaften Kritik an dem Plan laut geworden. Bei der Aufgabe des Standortes kämen auf die Bediensteten mehr Aufgaben zu, etwa der Transport von Gefangenen in entfernte Gefängnisse, hieß es. Die erhofften Einsparungen würden deutlich geringer ausfallen. Der Kritik schloss sich der Bund Brandenburger Staatsanwälte an.

"Unsere Einrichtung hat spezifische Erfahrungen im Umgang mit ausländischen Straftätern. Diese grenzübergreifende Kompetenz ist einmalig im Land Brandenburg und muss erhalten und ausgebaut werden", sagte JVA-Leiter Jürgen Rades. Das Gefängnis ist den Angaben zufolge überregional auch dafür zuständig, Auslieferungsgefangene an die Bundespolizei zu übergeben.

Die JVA ist die einzige im Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder). Im vergangenen Jahr wurden den Angaben zufolge 801 Strafgefangene aufgenommen. Von Gewerkschaftsseite hatte es geheißen, dass der Bezirk bei einer JVA-Schließung der landesweit einzige ohne Untersuchungshaftgefängnis wäre.